

26

26.

Die Antwort

des Königs von Preußen

auf das Anerbieten

des Reichstages zu Frankfurt

und

die Erklärung

der Reichstags-Deputirten über dieselbe

von einem

(gleichviel ob Süd- oder Nord-) Deutschen.

Preis 2 Sgr. oder 8 Kreuzer.

Berlin, 1849.

Gedruckt bei Julius Sittenfeld.

Die Antwort

des Königs von Preußen

an den Kaiser

von Russland

die Erklärung

des Reichstages

AD BIBL.
UNIVERS.
MONAC.



Zu den Dingen, welche die Nachwelt für ein Märchen halten wird, gehören die Vorgänge in Berlin an den Tagen des 3ten, 4ten und 5ten d. M. Eine Deputation des Frankfurter Reichstages trägt dem Könige von Preußen die deutsche Kaiservürde an; der König erklärt sich bereit, sie anzunehmen, und die Deputation und ihr nach die beiden Kammern und ein großer Theil der Gebildeten des Preußen-Volkes zerreißt sich die Kleider, bestreut das Haupt mit Asche und ruft wehklagend und wüthend:

Er hat abgelehnt, das Vaterland ist in Gefahr!
So sind wir denn in der allgemeinen Begriffsverwirrung nachgrade so weit gekommen, daß man Deutschen sagen muß, was deutsche Worte auf deutsch heißen.

Der König sagt:

„Die Botschaft, als deren Träger Sie zu Mir gekommen sind, hat Mich tief ergriffen. Sie hat
„Meinen Blick auf den König der Könige gelenkt,
„und auf die heiligen und unantastbaren Pflichten,
„welche Mir als dem Könige Meines Volkes und
„als einem der mächtigsten deutschen Fürsten obliegen. Solch ein Blick, Meine Herren, macht das
„Auge klar, und das Herz gewiß.“

Dieser Eingang, in welchem Niemand auch nur die

Andeutung einer Ablehnung gefunden hat, geizt der hohen Wichtigkeit, ja, der Erhabenheit des Augenblicks. Wer in solchen Momenten nicht zu Gott blickt, kennt keinen Gott, keinen allmächtigen und allgütigen Lenker und Hort des gebrechlichen Menschentreibens, und nur der ekelhaften Splitterrichterei gewisser überfeinen, Alles kritischerzerlegenden und Nichts-schaffenden Klugsprecher konnte es einfallen, bei diesen würdig-frommen Worten auszuruhen:

Mein Gott, schon wieder der liebe Gott!
Wir, die wir Menschen mit dem Herzen auf dem rechten Flecke geblieben zu sein uns rühmen, wir können nur ein Psai über Euch aussprechen, und dem edlen Monarchen danken, der sich in solcher Weise entschließt.

Auch dafür danken wir ihm, daß er bei dieser Entschließung an sein Preußen denkt, und sich und den Deputirten klar macht, daß er dem engeren Vaterlande nichts vergeben will.

So vorbereitet, spricht er weiter:
„In dem Beschlusse der deutschen National-Versammlung, welchen Sie, Meine Herren, Mir überbringen, erkenne ich die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes. Dieser Ruf giebt Mir ein Anrecht, dessen Werth Ich zu schätzen weiß. Er fordert, wenn Ich ihm folge, unermessliche Opfer von Mir, er legt mir die schwersten Pflichten auf.“

Auch in diesem Satze findet sich keine Spur einer Ablehnung. Im Gegentheil enthält er ein Entgegenkommen von der besten Vorbedeutung für die Deputation, nämlich das Anerkennniß des Reichstages als „Wahlkörper“, welche Eigenschaft der Versammlung zu Frankfurt bekannt-

lich von vielen Seiten als Ueberschreitung ihrer Befugniß und als Hochverrath angerechnet wird.

Der König dagegen erkennt das Wahlrecht mit dürren Worten an, und die auf Ihn gefallene Wahl, als das Fundament Seines Rechtes auf die Oberherrschaft in Deutschland.

Und der König spricht weiter:

„Die deutsche National-Versammlung hat auf Mich
„vor Allen gezählt, wo es gilt, Deutschlands Ein-
„heit und Kraft zu gründen. Ich ehre ihr Vertrauen,
„sprechen Sie ihr Meinen Dank dafür aus.“

Was bisher für die deutsche Einheit geschehen, ist so ziemlich Alles von Preußen ausgegangen und gethan! Die Zusammenberufung des Reichstags selbst, die Begründung der interimistischen Reichsverweserschaft, die Bestreitung der Kosten, die Führung des dänischen Krieges u. s. w., und gleichwohl spricht der König edel und großmüthig noch seinen Dank dafür aus, daß man ihm nicht mit Undank lohnt.

Und preussische Herzen bleiben bei diesen Worten ungerührt?!

Und weiter spricht der König:

„Ich bin bereit, durch die That zu beweisen,
„daß die Männer sich nicht geirrt haben, welche
„ihre Zuversicht auf Meine Hingebung, auf Meine
„Treue, auf Meine Liebe zum gemeinsamen deut-
„schen Vaterlande stützen.“

Heißt dies Ablehnen? Liegt in den Worten „ich bin bereit“ eine Zurückweisung des Antrages? Bedeuten die Worte „Ihr habt Euch nicht in mir geirrt“ so viel als

„geht zu Haus, ich will nichts von Euch wissen!“ — Der König sagte in einem frühern Sage: Euer Ruf, wenn ich ihm folge u. s. w. und hier sagt er in weiterer Entwicklung seiner Antwort: ich folge ihm, ich bin bereit!

Einfach und ohne den mindesten Vorbehalt spricht er das große Wort aus. Zwischen Ihm und dem Reichstage ist die Vereinbarung erfolgt, die Verfassung — mit allen ihren Gebrechen, auf die Gefahren hin, die in ihr liegen — unbedingt und unverfälscht von Ihm angenommen.

Gerecht und eines großen Fürsten würdig — von allen Verständigen als vollkommen richtig und nothwendig anerkannt — setzt aber nun, nachdem Er Sich und Sein Land der deutschen Sache so hochherzig geweiht hat — der König hinzu, daß er die übrigen deutschen Regierungen — gekrönte Häupter, Fürsten und freie Städte Deutschlands — nicht zwingen wolle, so wie er zu denken. Seine Worte lauten:

„Aber, Meine Herren, Ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, Ich würde dem Sinne des deutschen Volkes nicht entsprechen, Ich würde Deutschlands Einheit nicht aufrichten, wollte Ich, mit Verletzung heiliger Rechte und Meiner frühern ausdrücklichen Versicherungen, **ohne das freie Einverständnis** der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte Deutschlands eine Entschliesung fassen, welche für sie und für die von ihnen regierten deutschen Stämme die entscheidendsten Folgen haben muß.

Und in der That war es bis zum 3. April d. J. noch Niemandem außer einigen Frankfurter Deputirten der Linien eingefallen, das Frankfurter Verfassungswerk für derges

stalt endgültig anzusehen, daß durch dasselbe das ganze — nach seinem eigenen Inhalte noch nicht einmal definitiv abgegränzte — Reichsgebiet eo ipso gebunden und verpflichtet wäre. Im Gegentheil war von allen einzelnen Territorial- oder Partikular-Volksvertretern und Gouvernements der Grundsatz festgehalten worden, daß kein in Frankfurt gefaßter Beschluß eher zur Gültigkeit kommen könne, bevor er nicht in jedem einzelnen Territorium auf dem verfassungsmäßigen Wege zum Landes-Gesetz erhoben worden. In der Preussischen (aufgelösten) National-Versammlung wurde dieser Grundsatz von Waldeck bei Gelegenheit des vielbesprochenen Frankfurter Gesetzes (die Unverletzlichkeit der Deputirten betreffend) mit der diesem Redner eigenen Wärme verfochten, und in Betreff der Einführung der deutschen Grundrechte in Bayern, Sachsen, Hannover und noch in mehreren andern deutschen Ländern geltend gemacht.

In der Paulskirche selbst hatten v. Vincke und andere Redner wiederholt auf das Princip der Vereinbarung aufmerksam gemacht, und das Preussische Gouvernement hatte sich in eben diesem Sinne sehr ausführlich und unzweideutig in seiner Note vom 23. Januar d. J. — welche sich des Beifalls unserer beiden Kammern erfreuet hat — ausgesprochen.

Wie also ist jetzt dem Könige zuzumuthen, diesen Weg zu verlassen? Wie wäre dies, wenn auch denkbar, doch nur praktisch möglich? Gesezt nämlich, der König träte auf Grund seiner einseitigen Annahme der Kaiserkrone, die Regierung des deutschen Reiches sofort an, er entließe also die mit ihrer Aufgabe fertig gewordenen Versammlung zu

Frankfurt und beriefe — nach dem neuen Wahlgesetze eine neue Versammlung — wer würde seinem Rufe anders folgen, als seine Preussischen Unterthanen? Er wäre Kaiser von Preußen, aber nicht von Deutschland. Sämmtliche von ihm auf Antrieb der die Sache überstürzenden Frankfurter Versammlung übergangenen Regierungen würden sich ihm feindselig gegenüberstellen, und es bliebe ihm nur die Wahl zwischen freiwilligem Zurücktreten, oder Erzwingung der ihm (und doch wahrlich ohne Berechtigung) übertragenen Autorität, also Bürgerkrieg! Denn nicht die Barrikaden, oder Pöbelskämpfe in Frankfurt, München, Wien und Berlin sind Bürgerkrieg, zumal wenn es die Frage vom deutschen Reiche gilt — wohl aber ist es Bürger- und Bruderkrieg, wenn eine wohlgeordnete deutsche Regierung gegen die andere aufsteht, wenn 50,000 bayerische und 100,000 österreichische Bajonette gegen Preussische Heere fechten, wenn nicht blos elende Raubsucht, oder bezahltes Banditenthum, sondern tief politische Ueberzeugungen den Säbel schleifen.

Freilich hat die überstürzende Handlungsweise der in Frankfurt versammelten Männer die Sache in eine höchst schiefe Lage gebracht. Anstatt ihrer Aufgabe gemäß, zuerst die deutsche Reichsverfassung mit sämmtlichen zum einigen Deutschland gehörigen Staaten festzustellen, zu vereinbaren, und dann erst das Reichs-Oberhaupt zu wählen, haben sie — aus innerer Verwirrung, Uebereilung, Unklarheit und Uneinigkeit, worüber ein eignes Buch zu schreiben wäre — plötzlich, aller Besonnenheit sich entschlagnend, das Werk der Vereinbarung für überflüssig und sich Allein für Verfassungsgebend erklärt, und die Kaiserwahl vorgenommen, ehe und bevor noch irgend ein

deutscher Einzelstaat seine Zustimmung zu dieser Verfassung, und daß er danach von einem gemeinschaftlichen Oberhaupt aller deutschen Staaten regiert sein wolle, erklärt hatte.

Ja! was noch mehr ist, sie haben dem Könige von Preußen die Kaiserkrone von Deutschland angetragen, ohne ihm die Verfassung, nach welcher er das deutsche Reich regieren soll, vorzulegen, ohne einmal selbst dieselbe als ein Ganzes zu kennen. Diese Verfassung, an welcher die Frankfurter Versammlung über Jahr und Tag gearbeitet hat, ist, wie dies in der Natur der Sache liegt, stückweise, und zwar in Folge vieler Amendements und mehrfacher Verlesung in sehr kleinen Parcellen und mit vielfachen Abänderungen der ersten Entwürfe, zu Stande gekommen, und es hatte, als man zur Kaiserwahl schritt, und als die Deputation nach Berlin abging, noch Niemand, selbst nicht die Mitglieder der Frankfurter Versammlung, eine vollständige Uebersicht des ganzen Werkes gewinnen können. Erst seit einigen Tagen ist dasselbe für 2 Sgr. im Buchhandel zu haben. Eine legale Publikation der Frankfurter Reichsgesetzsammlung war noch gar nicht erfolgt.

Eine seltene Dreistigkeit ist es daher, wenn die Frankfurter Deputirten in der bei ihrer Abreise hier hinterlassenen Erklärung vom 4. April von einer verkündeten Reichsverfassung sprechen. Hatte der König die äußerste Zartheit, in seiner Antwort diesen Punkt mit Stillschweigen zu übergehen, so hätte die Deputation (offenbar im Bewußtsein ihrer Formlosigkeit und Uebereilung und zur Bemäntelung derselben) nicht fed damit hervortreten und zu der Sophisterei ihre Zuflucht nehmen sollen, den Endbeschluß in der Paulskirche für eine wirkliche Publikation des Reichs-

gesetzes auszugeben. Denn etwas Anderes kann mit der in jener Erklärung oft beregten Verkündigung nicht gemeint sein.

In nichts mehr als gerade in diesem nachsichtigen Uebersehen eines fast unglaublichen Verstoßes bekundet sich wohl der gute, der treue, der beste Wille des Königs, den Wünschen der Frankfurter Versammlung zu entsprechen. Er acceptirt die ihm formell unbekannte Verfassung ohne das geringste Bedenken. Wenn er dann auf das Prinzip der Vereinbarung aufmerksam macht, und in den Worten:

„An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung dem Einzelnen, wie dem Ganzen frommt, ob die mir zugebachten Rechte Mich in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie ein solcher Beruf es von Mir fordert, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten, und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen.“

Sich wiederholt bereit erklärt, Seinerseits der deutschen Sache ganz und gar im Sinne der Frankfurter Nationalversammlung Sich widmen zu wollen, in sofern nur die übrigen deutschen Staaten sich mit der von derselben oktroyirten Verfassung einverstanden erklären, und ihn als Reichsoberhaupt mit dieser Verfassung annehmen würden, so thut er ohne Frage Alles, was ein Fürst nur thun kann, wenn er nicht das gute Recht seiner Bundesgenossen freventlich und ihm und ihnen gefährlich antasten will.

Einzig und allein in diesem Sinne sind diese Worte aufzufassen, wenn man nicht den bösen Willen mitbringt,

sie mißzuverstehen, und so werden sie auch in Frankfurt und im ganzen deutschen Lande verstanden werden.

Die Frankfurter National-Versammlung wird alsbald begreifen, daß der König Sich der deutschen Einheits-Sache so weit zugewendet hat, als er nur irgend konnte. Sie wird begreifen, daß sie auf das Prinzip der Vereinbarung zurückkommen muß, wenn sie nicht in gewissenlose Auflehnung gegen ihre eigenen Mutterländer verfallen und einer schmachvollen Auflösung entgegengehen will. Auch wird sie die Erklärung ihrer Deputirten, welche dieselben am 4. April bei dem Preussischen Staats-Ministerium niedergelegt haben, als völlig unberechtigt und übereilt verwerfen. Und in der That giebt es nicht leicht ein Document von größerer Unklugheit und Taktlosigkeit in staatsmännischen Dingen.

Abgesehen von der schon vorher gerügten Reckheit der darin enthaltenen Behauptung einer Publikation der Frankfurter Reichs-Versaffung, abgesehen von den darin ohne allen zureichenden Grund ganz eigentlich übermüthig an die Spitze gestellten Theorien von der Souverainität der Frankfurter Nationalversammlung, als **endgültig** Gesetze und Verfassung gebende Behörde, maassen sich diese Deputirten an, die königliche Autorität nach ihrer eigenen Auffassungsweise, ohne Instruction von Frankfurt her, ohne maassgebende Beschlußnahme des Reichstages auszu-deuteln. Ihres Amtes war es nur, wie jeder besonnene Mann erkennt, sich ihres Auftrags zu entledigen, und die königliche Antwort dem Reichstage zu Frankfurt zu dessen weitem Beschließung zu überbringen. Mit vollem Recht hat das Preussische Ministerium sie in seiner äußerst scho-

nennden Antwort vom 5. April auf diesen Standpunkt zurückgeführt. Statt dessen erklären diese 33 Männer, im Namen des Frankfurter Parlaments — oder wollten sie nur ihre Privatmeinung äußern? wie das Ministerium ihre Erklärung auffaßte — daß die Antwort des Königs nun und nimmermehr als Annahme oder auch nur als Nicht-Ablehnung der Kaiserwürde verstanden werden könne, daß ein solches Verständniß eine Unmöglichkeit sei, indem vielmehr die Worte des Königs, welche sich auf die Zustimmung der übrigen deutschen Regierungen beziehen, ganz gleichbedeutend mit einer entschiedenen Ablehnung der Wahl seien. Wer dies liest und die Antwort des Königs gelesen und in ihren einzelnen Sätzen geprüft hat, wird seinen Augen nicht trauen. Und doch ist es so; es ist das Produkt einer Sophisterei, welche zur Verschönerung der Uebereilung nothwendig wurde. Die Erklärung der Deputirten wörtlich durchzugehen, würde den Leser ermüden, da sie — als Sophistik — so geschraubt gestellt und schlecht stylisirt ist, daß man „des Pudels Kern“ nur mit Mühe herausfindet.

Da die Reichsverfassung nun einmal endgültig da steht, — so raisonniren die Deputirten — so ist irgend ein Verhandeln, Vereinbaren darüber gar nicht mehr denkbar. Sie ist unumstößliches Gesetz. Welcher Fürst auf Grund dieses Gesetzes zum Kaiser gewählt worden, der kann nur annehmen oder ablehnen — ein Drittes giebt es nicht. Der König von Preußen hat nun zwar die Wahl angenommen, jedoch nur insofern die übrigen deutschen Regierungen (gleich ihm) die Reichsverfassung annehmen, verbis:

„insofern aus deren gemeinsamer Berathung sich ergeben wird, daß oder ob diese Verfassung den König in den Stand setzen werde, die Geschicke des großen deutschen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen seiner Völker zu erfüllen,“

ergo: hat er abgelehnt.

Wie ungemein vorschnell diese Deduction ist, fällt in die Augen. Denn ganz abgesehen von dem an die Spitze gestellten Grundirrtum der Endgültigkeit des Frankfurter Verfassungswerkes — wogegen doch die National-Bertretungen sämmtlicher Einzel-Staaten noch ein gewichtiges Wort einlegen dürften — so folgt doch nun und nimmermehr eine Ablehnung desselben und demzufolge der darauf gegründeten Wahl daraus, daß der König mit andern Worten weiter nichts sagt, als

„ich nehme die Wahl und implicite die Verfassung an — ob Andere, denen ich nichts zu gebieten habe, damit ebenfalls einverstanden sein werden, muß ich ihnen überlassen.“

Sehr richtig ist es zwar, daß Verfassung und Wahl in Nichts zusammenfallen, wenn diese Anderen, denen der König nichts zu gebieten hat, ihr Einverständniß versagen (es sei denn, daß das Kaiserthum Deutschland aus dem bisherigen Königreich Preußen mit der ihm in Frankfurt octroyirten Verfassung bestehen sollte); allein dies liegt außer der rechtlichen Machtvollkommenheit des Königs, und könnte, wie schon gesagt, nur durch Zwang und Bürgerkrieg beseitigt werden.

Wollen und wünschen denn nun die Frankfurter Deputirten in diesem Falle den Bürgerkrieg? Gewiß nicht.

Sie sind rechtliche, ehrenwerthe Männer, aber sie sind in der herrlichen Idee der deutschen Einheit befangen, durch das Frankfurter Treiben in eine Bahn gedrängt, von der sie jetzt nicht mehr herunter können, auch nicht herunter wollen, da ihre Köpfe durch die parlamentarischen Consequenzen nun einmal dafür geschult sind. Sie gleichen den Girondisten der französischen Revolution! Wie diese die großen Ideen der Revolution um jeden Preis, zuletzt mit blutendem Herzen, durch blutige Opfer verwirklicht sehen wollten, so erstreben sie ein großes, mächtiges, deutsches Reich mit Verleugnung ihres Rechtsgefühls, mit Beiseitesetzung einer — wie sie es nennen — correcten Kritik. Sie beschwichtigen ihr Gewissen mit den vermeintlichen Gefahren, welche dem Zustandekommen der deutschen Einheit drohen, sie verblenden sich selbst mit der hohlen Phrase: daß die öffentliche Meinung ihrem Kaiser zu Land und Leuten verhelfen würde, und rechtfertigen ihr Beginnen, als das einzige Rettungsmittel vor der „rothen Republik.“ O Ihr Verwirrten, als ob diese Hyber der geselligen Zustände mit der Einheit Deutschlands gesättigt werden könnte. O Ihr Kurzsichtigen, als ob eine Einheit ohne Einigkeit irgend wie segensreich für Deutschlands Stämme sein könnte! O Ihr Dünkelhaften, als ob der Staatsreich, den Ihr führen wollt, irgend Schärfe oder Gewicht hätte! Wie sehr erkennt Ihr Eure schöne, würdige Stellung als Vermittler des großen Gedankens, in dem sich jede deutsche Seele gerne wiegt, als Entzifferer des 1000 jährigen Räthsels des deutschen Volkes. Habt Ihr die Worte des Dichters von der „alten Weibe“ vergessen? von der er singt:

Es hat sich in zertrennte Glieder
Ihr hohler Stamm zerklüftet,
Doch jedes Stämmchen hat sich wieder
Mit eigener Borſ' umbüftet.

Sie streben von einander immer,
Und wer sie steht, der schwöret,
Es hätten diese Stämme nimmer
Zu einem Stamm gehört.

Doch wenn die Winde d'rüber rauschen,
So neigen mit Geflüster
Die Zweig' einander zu und tauschen
Noch Grüße als Geschwister.

Soll ich, o Weide, dich beklagen,
Daß Du des Kerns vermißest,
Da jeden Frühling auszuschlagen,
Du dennoch nicht vergiffest?

Du gleichst meinem Vaterlande,
Dem tief in sicherspalt'nen,
Von einem tiefern Lebensbände
Zusammen doch gehalt'nen!

Ja! diesen Geist der Liebe habt Ihr vergessen und es
dahin gebracht, daß der Deutsche dem Deutschen nicht mehr
die Hand reicht, daß der Sachse dem Preußen den Rücken
wendet, der Bayer, der herzige Oesterreicher den Preußen
verwünscht, der Schwabe vor ihm ausspeit! Und jetzt, wo
unser König diesen um Nichts und Widernichts von Euch
geknickten Geist der Liebe und Treue wieder aufrichtet, wo
alle diese Stammgenossen seinen Worten zuauchzen und in
ihm den Fürsten des Rechts und der Wahrheit, unter

dessen Panier allein ein großes einiges Deutschland sich aus brüderlicher Handreichung aller Stämme bilden kann, erkennen, jezt deutelt Ihr an seinen hochherzigen Worten, in willkürlicher Ueberschreitung Eures Auftrages, mit sophistischer Bosheit, verwirrt die Köpfe der Besten, und wollt nun eine Welt zertrümmern, weil Ihr sie nicht nach Euerem Sinne schaffen könnt!

Es wird Euch nicht gelingen! Eure Machtheber werden Euch fallen lassen, und Ihr werdet jämmerlich nüchtern werde, nach dem dämonischen Rausche, dem ihr Euch hingegeben hattet! Doch genug der Vorwürfe, die Euer Gewissen Euch noch heftiger machen wird. Wir wenden uns zu den Einzelheiten Eurer Erklärung, um der Welt klar zu machen, wie wenig Euch um die Wahrheit zu thun war.

Ihr sagt, die Antwort des Königs stimme nicht mit der Kammer-Erklärung des Minister-Präsidenten vom 2ten April überein, wonach die Frankfurter Verfassung jedenfalls für diejenigen deutschen Staaten als gültig und verbindlich zu erachten, welche derselben von freien Stücken zustimmen möchten.

Und doch ist es ohne wörtliches Wiederholen nicht möglich, in größerer Uebereinstimmung mit dieser Erklärung des Minister-Präsidenten zu sprechen, als es der König in den Worten gethan hat, wo er das freie Einverständniß der deutschen Mitstaaten zu der von ihm angenommenen Wahl und Verfassung als nothwendig begehrt.

Ihr deutet die Worte des Königs:

„An den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten wird es daher jezt sein, in gemeinsamer

„Berathung zu prüfen, ob die Mir zugeordneten
„Rechte Mich in den Stand setzen würden, mit
„starker Hand, wie ein solcher Beruf es von Mir
„fordert, die Geschicke des großen deutschen Vater=
„landes zu leiten und die Hoffnung seiner Völker
„zu erfüllen.“

Ihr deutet diese Worte dahin aus, als ob damit der
Entschluß ausgesprochen sei, daß ein Fürstentag über die
Annahme der Frankfurter Reichsverfassung nach Stimmen=
mehrheit entscheiden solle, ferner dahin, als ob dieser
Fürstentag nicht bloß über die Annahme der Reichsver=
fassung als ein Ganzes, sondern auch über einzelne Sätze
derselben zu entscheiden haben solle, endlich dahin, als ob
hiedurch die bereits vom Frankfurter Parlament als end=
gültiges Gesetz proklamirte Verfassung zu einem bloßen Ent=
wurfe herabgedrückt würde. Ihr nennt jede hievon ab=
weichende Auffassung der königlichen Worte ein mit der
Auffassung sämmtlicher Fractionen des Frankfurter Parla=
ments unvereinbares Mißverständniß, welchem entgegenzu=
treten Ihr Euch — aus welchem Grunde? sagt Ihr
nicht — vor Eurer Rückkehr nach Frankfurt verpflichtet
haltet. Hierauf Euch Folgendes zu erwidern, ist Pflicht
eines Jeden, der es treu und herzlich mit dem Verufe des
Königs von Preußen zur deutschen Kaiserwürde meint:

Zuvörderst ist es eine Unwahrheit, daß sämmtliche
Fractionen des Frankfurter Reichstages das Vereinbarungs=
Prinzip verleugnet hätten. Gedenkt der Protestation von
Radowig und Genossen.

Sodann ist es eine wahrhaft perfide Auslegung, wenn
Ihr sagt, daß von dem vom König in Aussicht gestellten

Congreß gemeint sei, daß er sich in corpore (nach Unanimität oder Stimmenmehrheit) über die Annahme der Reichsverfassung erklären solle, um so perfider, als in der vom Staatsministerium Euch und den Berliner Kammern wenige Stunden nach der Antwort des Königs bekannt gemachten Circularnote vom 3. April an die preussischen Gesandtschaften bei den verschiedenen deutschen Höfen mit ausdrücklichen Worten gesagt ist, daß der König — dem an ihn ergangenen Rufe Folge leistend — entschlossen sei, an die Spitze desjenigen deutschen Bundesstaates zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bilden werde, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen würden. Deutlicher kann denn doch wahrlich nicht das Werk der Vereinbarung der freien und selbstständigen Entschließung eines jeden einzelnen deutschen Staates, unabhängig von den übrigen, überlassen sein.

Ferner habt Ihr ohne allen Grund Euer Noli me tangere der Frankfurter Reichs-Verfassung, die Ihr nun einmal als ein unabänderliches Ganzes, nur so wie sie ist, oder gar nicht angenommen wissen wollt, durch den in Aussicht gestellten Congreß von vorn herein verlegt. Die königlichen Worte enthalten jedoch hierüber so wenig eine Spur als die in Folge derselben erlassene Note. Der König hat die Verfassung ohne Vorbehalt angenommen. Er läßt die übrigen Deutschen Staaten durch seine Gesandten auffordern, des schleunigsten außerordentliche Bevollmächtigte an den Reichstag zu Frankfurt zu entsenden, um ein Gleiches zu thun. Von irgend einem Amendiren der Verfassung ist mit keinem Worte die Rede. Nur das Vereinbarungs-

Princip im Allgemeinen ist — der Gerechtigkeit und der Vernunft gemäß — in den Königlichen Worten und in der Note klar und entschieden festgehalten. Ob aber die Vereinbarung nur auf das Ganze der Verfassung, also auf ein unbedingtes Annehmen oder Ablehnen, oder auch auf einzelne Bestimmungen derselben unter Annahme des Uebrigens, zu beziehen, ist mit keiner Sylbe auch nur angedeutet. Allerdings ist bei der Allgemeinheit der Wortfassung das in Aussicht Stellen einer Vereinbarung in dem einen, wie in dem andern Sinne denkbar. Da aber der König sich zur unverkürzten Annahme der Verfassung erboten hat, so war, bei gutem Willen, doch wahrlich anzunehmen, daß Er nur die erstere Vereinbarungsweise gemeint habe. Was aber auch der König gemeint haben möge, so war jedenfalls die Stelle, an der Ihr es gefunden haben wollt, nämlich die der andern Regierungen gedenkenden Worte nicht der Ort, es zu berühren. An diesen wird es jetzt sein, sagt der König, sich nunmehr ebenfalls auszusprechen. Sollte er ihnen etwa vorschreiben, wie sie sich auszusprechen haben? Mit Recht legt ihnen der König nur die Frage vor, ob die Verfassung dem (betreffenden) Einzelnen (Staate) wie dem Ganzen (Deutschen Reiche) — nicht etwa, ob sie im Einzelnen und im Ganzen — frommt? Will die eine oder andere Deutsche Regierung nur bedingungsweise der Frankfurter Reichsverfassung und Kaiserwahl beitreten, so kann es ihr der König von Preußen nicht verwehren, und es wird sich dann nur fragen, ob eine solche Regierung sich dadurch eo ipso vom Deutschen Reiche ausschließt.

Dies ist die natürliche, ungezwungene, dem Wortsinne

entsprechende Auffassung der von Euch eben so künstlich als vorgefälscht ausgedeuteten Stelle der königlichen Antwort.

Und wenn Ihr endlich Euch beklagt, daß durch die Rückkehr zum Vereinbarungswege die Frankfurter Verfassung zu einem bloßen Entwurf herabgewürdigt werde, so ist dies Nichts als eine perfide Insinuation. Allerdings kann man ein jedes noch nicht perfecte Gesetz einen bloßen Entwurf nennen. Im gewöhnlichen Leben versteht man aber unter einem Entwurf eine Arbeit, die eben nur zur beliebigen Benutzung eines Dritten, Ungebundnen, vorgelegt wird, ohne Anspruch darauf zu machen, daß ihr irgend welche Folge gegeben werde. Dies von einem Werke, wie die Frankfurter Verfassung, behaupten, heißt sie verächtlich machen, und Ihr wollt nun die öffentliche Meinung zu der Annahme verleiten, als ob der König die Verfassung für einen gleichgültigen Entwurf erklärt habe; derselbe König, der durch sein Ministerium in dessen Note v. 23. Januar d. J. die höchste Achtung und Rücksicht für das Frankfurter Werk ausgedrückt, den Begriff der Vereinbarung durch das dafür gesetzte Wort Verständigung erweiternd erläutert, und die Berechtigung des Frankfurter Parlaments, wie auch in seiner jetzigen Antwort ausdrücklich anerkannt hatte.

Auf wessen Seite der gute Wille, die bona fides, die so oft citirte deutsche Treue und Rechtlichkeit ist, auf der Seite des Königs und seiner Räthe oder auf Seite der Frankfurter Deputirten, wird jetzt Niemand mehr bezweifeln.

Der Frankfurter Reichstag wird früher über Euch gerichtet haben, als diese Zeilen im Druck erscheinen, er wird

unser Urtheil bestätigen, und aus allen Ländern Deutschlands wird der Ruf ertönen:

Es lebe der König von Preußen, der edle und gerechte Schirmherr Deutschlands!

Der König hat den Ruf aus Frankfurt angenommen; unbedingt und hingebend, unbeirrt durch tausende von Bedenken, die er rege macht.

Wahr ist es aber auch (und bereits oben ausgesprochen) daß dieser Ruf in Nichts zerfällt, wenn die übrigen deutschen Staaten ihm nicht ebenfalls folgen. Dies ist die in der Sache selbst liegende, vom Könige nicht gestellte Bedingung. O möchten sie es. Möchten sie es eben so getrost wie der sich hingebende König, der selbst für den Fall der Versagung seines treuen Anerbietens, die Worte gesprochen hat:

„Dessen aber möge Deutschland gewiß sein, und
„das, Meine Herren, verkündigen Sie in allen
„nen Gauen, bedarf es des Preussischen Schildes
„und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde,
„so werde Ich, auch ohne Ruf, nicht fehlen. Ich
„werde dann getrost den Weg Meines Hauses und
„Meines Volkes gehen, den Weg der deutschen Ehre
„und Treue!“

Geschrieben am 9. April 1849.

Univ. Bibl.
München





